

Richtlinien zur Förderung von Projekten zum Kinder- und Jugendschutz in Duisburg

(neue Fassung)

1. Gegenstand der Förderung

Soziale Benachteiligungen abzubauen, junge Menschen zu stärken und vor den Gefährdungen des Alltags zu schützen sind besondere Anliegen der Jugendhilfe. Eine Kinder- und Jugendarbeit, die im sozialen Umfeld angesiedelt ist, kann dazu beitragen, durch geeignete Angebote der Prävention, Beratung und Hilfe Kindern neue Perspektiven zu geben.

Der Entwicklung aktueller Angebote der Prävention und Förderung kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Im Rahmen des Kinder- und Jugendschutzes werden Projekte gefördert, die sich auf die Themenbereiche

- Gewaltprävention
- Kinder- und Jugendmedienarbeit
- Gesundheitsförderung

beziehen.

2. Allgemeine Förderungsvoraussetzungen

Das Projekt erfüllt die im Kinder- und Jugendfördergesetz NW bzw. des Kinder- und Jugendförderplans der Stadt Duisburg dargestellten Anforderungen an eine qualifizierte Jugendarbeit durch die Prinzipien:

- Innovation
- Vernetzung
- Partizipation
- Geschlechtsspezifisch (Gender Mainstreaming)
- Integration
- Interkulturalität
- Förderung toleranten Handelns
- Methodische Anbindung an den Zweck und
- Nachhaltigkeit.

Für die Auswahl der Förderungsfähigkeit im Rahmen des pflichtgemäßen Ermessens gelten folgende Kriterien:

- der finanzielle Kostenrahmen muss den Ansprüchen der Wirtschaftlichkeit entsprechen; bei Anträgen mit weitestgehend gleichem Inhalt werden Anträge bevorzugt, die über das kostengünstigere Angebot verfügen;
- die beantragte Förderung sollte mit der Anzahl der angesprochenen, bzw. tatsächlich zu erreichenden Zielgruppe in einem angemessenen Verhältnis stehen;

3. Förderkriterien zum Themenbereich Gewaltprävention

Bei der Beurteilung und Auswahl der förderungswürdigen Projekte werden die über die unter Punkt 2 ausgeführten Kriterien im Folgenden genannten Kriterien, die sich zum einen direkt und zum anderen im Rahmen der Ermessensausübung aus dem Kinder- und Jugendfördergesetz NW und den Richtlinien des Kinder- und Jugendförderplans Duisburg angewandt:

- Die beantragte Maßnahme benennt eindeutige gewaltpräventive Methoden und Inhalte.
- Gefördert werden hier insbesondere:
 - o Mediation / Streitschlichterprogramme
 - o Coolness / Anti-Gewalt / Deeskalationsprogramme
 - o Selbstbehauptungskurse
- die beantragte Maßnahmen benennt klar die Zielgruppe und verdeutlicht die Notwendigkeit der Maßnahme
- die beantragte Maßnahme wendet sich an Multiplikatoren, insbesondere auch Eltern und erhöht deren Handlungsrepertoire im Umgang mit gewaltbereiten Kindern und Jugendlichen

4. Förderkriterien zum Themenbereich Kinder- und Jugendmedienschutz

- die beantragte Maßnahme vermittelt Medienkompetenz;
- mit der beantragten Maßnahme werden Benachteiligungen beim Zugang zu Medien- und Medieninhalten abgebaut;
- die beantragte Maßnahme wendet sich an Multiplikatoren und erhöht die Medienerziehungskompetenz;
- die beantragte Maßnahme setzt an den spezifischen Interessen junger Menschen bezogen auf die Medien an
- die beantragte Maßnahme regt zur kritischen Reflektion des täglichen Mediengebrauchs an
- die beantragte Maßnahme befähigt Kinder und Jugendliche kritisch und kompetent mit neuen Medien umzugehen, um sie so vor gefährdenden Inhalten zu schützen

5. Förderkriterien zum Themenbereich Gesundheitsförderung

- die beantragte Maßnahme befähigt junge Menschen zu verantwortungsbewussten Entscheidungen bzgl. ihrer Gesundheit
- die beantragte Maßnahme verdeutlicht die Wichtigkeit gesunder Ernährung, ausreichender Bewegung und Entspannung
- die beantragte Maßnahme stärkt das Selbstvertrauen junger Menschen in Bezug auf gesundheitliche Belange
- die beantragte Maßnahme fördert die Entwicklung der Persönlichkeit und sozialer Fähigkeiten mit Hilfe von Informationen, gesundheitsbezogener Bildung
- die beantragte Maßnahme wendet sich an Multiplikatoren, insbesondere auch Eltern und verbessert deren Gesundheitsförderungskompetenz

6. Antragsverfahren

Antragsberechtigt sind die nach § 75 SGB VIII anerkannten freien Träger der Jugendhilfe sowie der öffentliche Jugendhilfeträger.

Die Anträge sind dem Jugendamt bis zum Jahresende für das folgende Jahr vorzulegen.

Den Anträgen ist eine Konzeption, ein Ablaufplan mit klarer inhaltlicher und zeitlicher Planung und ein Finanzierungsplan beizufügen. Im Kosten- und Finanzierungsplan werden nicht anerkannt

- Miete und Mietnebenkosten für vorhandene eigene Räume
- sog. „Overheadkosten“ bzw. Verwaltungspauschalen

Das Antragsvolumen aller beantragten Projekte eines einzelnen Trägers soll 15.000 € nicht überschreiten.

Über die Gewährung und Höhe der Förderung entscheidet der Jugendhilfeausschuss.

7. Verwendungsnachweis

Über die Maßnahme ist dem Jugendamt bis zum 31.03. des nächsten Jahres die Verwendung der Mittel nachzuweisen.

Neben der Dokumentation der Einnahmen und Ausgaben ist ein Sachbericht vorzulegen, der umfassend und fundiert die Ziele der Maßnahme darlegt und beschreibt, ob und in welcher Weise diese Ziele erreicht wurden.

Diese Richtlinien treten am 02.01.2010 in Kraft.